

## „Familien-Kommunismus à la Bartenstein“

**SP-Ministerin Prammer** lehnt das Karenzgeld für alle als „Müttergeld“ und aus gesellschaftspolitischen Gründen ab.

WIEN (e. m.). „Man kann sich nicht mit Geldleistungen darüber hinwegschwindeln, wo die gesellschaftlichen Ursachen liegen.“ Frauenministerin Barbara Prammer erneuerte am Montag auf einer Pressekonferenz ihre Kritik an dem von der ÖVP ins Spiel gebrachten Vorschlag eines „Karenzgeldes für alle“. „Ein Karenz-

geld, quasi ein Müttergeld, um eine höhere Geburtenrate zu erzielen, geht an den Bedürfnissen vorbei.“ Kinderbeihilfe ab Beginn der Schwangerschaft ebenfalls.

Prammer erklärte, daß ihre Vorstellungen von einer gerechten Gesellschaft sichtlich anders seien als die des Koalitionspartners. „Eineinhalb Jahre – und was dann? Wir müssen den Frauen die Möglichkeit geben, ihre persönliche Lebensplanung fortzusetzen.“

Auch Bernd Marin, Direktor des Europäischen Zentrums für Wohlfahrtspolitik und So-

zialforschung, kritisierte ein Karenzgeld für alle als „undifferenziertes Milliarden-Draufschütten“, als „Familienkommunismus à la Bartenstein“. Sinnvoller sei Karenzgeld „für alle, die es brauchen“. Auch Karenzgeld als modernes Versicherungsprinzip je nach Beitrag wäre diskutierenswert – wie dies bei allen anderen Sozialleistungen der Fall sei.

EU-weit ist derzeit ein Rückgang der Geburtenraten zu verzeichnen. In Österreich liegt die Geburtenrate bei 1,4. Ausreißer nach oben sind die skandinavischen Länder mit

Geburtenraten um die 1,8 Kinder pro Frau – „Länder, wo Kinder nicht als Lebensbeeinträchtigung gelten, wo man meint, daß die Berufstätigkeit der Eltern den Kindern nicht schadet“, wie Monika Thenner vom Europäischen Zentrum für Wohlfahrtspolitik und Sozialforschung erklärte.

Ein internationaler Vergleich von Familienstatistik und Rahmenbedingungen zeige, so Thenner, daß Familienpolitik die Vereinbarkeit von Beruf und Familie signalisieren müsse; finanzielle Unterstützungen allein genügten nicht.